Nicht am Menschenrecht Inklusion sparen

Bericht und Gemeinsame Erklärung gegen Kürzungen in der Eingliederungshilfe

Am 24. August 2026 gab es in Frankfurt ein „Tisch-Parlament".
Menschen mit Behinderungen, Angehörige und weitere Interessierte sprachen mit drei Politikern aus dem Hessischen Landtag. Sie sprachen über das Thema „Sparen an Inklusion" und ihre Sorgen. Dazu hatten die Katholische Erwachsenenbildung Frankfurt und die Lebenshilfe Frankfurt eingeladen. Dominique Deneu, Vorständin der Lebenshilfe Frankfurt, begrüßte die Gäste. Rund 60 Menschen kamen zum Tisch-Parlament im Haus am Dom. Der Saal war voll. Alle konnten ihre Meinung sagen und ihre Fragen stellen.

Zu Gast waren die Landtags-Abgeordneten:

- **Martin-Benedikt Schäfer (CDU)**:
  Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales (bis 28.08.2026)
- **Turgut Yüksel (SPD)**:
  Stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss Arbeit und Soziales
- **Felix Martin (Bündnis 90/Die Grünen)**:
  Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales

Die Landtags-Politiker beantworteten Fragen. Sie hörten den Teilnehmenden zu.

Das Thema: Kürzungen bei Hilfen für Menschen mit Behinderungen
Im April 2026 wurde bekannt: Die Bundesregierung plant, weniger Geld für Unterstützung für Menschen mit Behinderungen auszugegeben als bisher. Betroffen von dem Sparkurs wären unter anderem die Schulassistenz für Kinder mit Behinderungen.

Viele Beiträge der Teilnehmenden drehten sich um die Fragen:

- Warum soll überhaupt gespart werden?
- Kann der Staat an anderen Stellen Geld einnehmen?
- Kann der Staat an anderen Stellen Geld sparen?
- Warum wird bei Inklusion gespart?
- Warum sieht die Bundesregierung die Menschen und ihr Leben nicht?
- Warum sieht die Bundesregierung nur die Kosten und denkt in Zahlen?
- Warum werden die Folgekosten bei Einsparungen nicht mitgerechnet?
- Wie können Menschen mit Behinderungen und Angehörige ihre Ideen einbringen?

Viele Rednerinnen und Redner machten deutlich:

- Inklusion ist gut für alle Menschen. Die gesamte Gesellschaft gewinnt.
- Inklusion ist ein Menschenrecht. An Menschenrechten darf nicht gespart werden! Inklusion soll weiterentwickelt werden.

Viele beteiligten sich aktiv an dem Austausch. Michael Hedtstück und Jan Zabel leiteten als inklusives Moderatoren-Team die Diskussion. Sie sorgten dafür, dass alle zu Wort kamen. Die Teilnehmenden sagten ihre Meinung. Und sie teilten auch sehr persönliche Sorgen und Erfahrungen.

Viele Familien sind besorgt:

- Bis heute ist noch nicht klar, ob und welche Kürzungen kommen werden.
- Menschen mit Behinderungen und ihre Interessen-Verbände wurden bisher nicht in die Diskussion einbezogen.

Die drei anwesenden Politiker werden an dem Thema weiterarbeiten. Sie wollen die Unterstützung sichern.

Die Politiker sagten beim Tisch-Parlament unter anderem:

- Martin-Benedikt Schäfer: Die Pläne sind noch nicht beschlossen.
- Turgut Yüksel: Auf Landesebene soll es keine Kürzungen bei Inklusion geben.
- Felix Martin: Das Geld aus der Ausgleichsabgabe soll auch für Ausbildung und weitere Aufgaben genutzt werden. Die Ausgleichsabgabe ist Geld von Unternehmen, die zu wenige Menschen mit Behinderungen beschäftigen.

Alle drei sagten:

- Wir haben viel von den Problemen und Forderungen von Menschen mit Behinderungen verstanden.
- Wir werden die Gedanken mitnehmen und weitergeben an die Bundespolitik.

Am Ende der Gesprächsrunde machte Turgut Yüksel den Vorschlag:

- Die Gedanken und Forderungen von heute sollen als Gemeinsame Erklärung aufgeschrieben werden.
- Alle sollen die Erklärung unterschreiben – eine Resolution. Das ist eine Gemeinsame Erklärung mit wichtigen Forderungen.

Gemeinsame Erklärung mit Forderungen von dem Tisch-Parlament im August 2026

Politikerinnen und Politiker soll nicht über Menschen mit Behinderungen entscheiden, ohne sie und ihre Angehörigen zu fragen.
Menschen mit Behinderungen und ihre Interessen-Vertretungen müssen bei Entscheidungen von Anfang an mitreden.

Die Erfahrungen und das Wissen von Menschen mit Behinderungen müssen ernst genommen werden. So verstehen Politikerinnen und Politiker besser, wie die Menschen leben und welche Folgen politische Entscheidungen haben. Das hilft, gute Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. „Nicht über uns ohne uns!" Wir unterstützen diese Forderung der Behindertenrechtsbewegung.

Wir fordern:

1. Inklusion ist ein Menschenrecht.
Inklusion bedeutet: Alle Menschen gehören dazu und können überall mitmachen. Inklusion ist kein Luxus, sondern ein Menschenrecht. Dieses Recht darf nicht eingeschränkt werden.

2. Unterstützungsleistungen erhalten und weiterentwickeln
Menschen mit Behinderungen brauchen Unterstützung. Zum Beispiel im Alltag, in der Schule, in der Ausbildung, bei der Arbeit und in der Freizeit. Diese Unterstützung soll weiterentwickelt werden. Die Hilfen können einfacher und besser organisiert werden. So kann man Geld sparen.

3. Menschen mit Behinderung müssen beteiligt werden.
Die Bundesregierung kann die sozialen Leistungen für Menschen mit Behinderungen nicht einfach kürzen. Dafür muss ein Gesetz geändert werden. Über das Gesetz beraten und entscheiden der Bundestag und zum Teil auch der Bundesrat. Zurzeit weiß niemand, wer wann welche Entscheidungen trifft. Auch über die Wege der Beteiligung sind Interessenverbände und Betroffene noch nicht informiert worden.

Das muss sich ändern. Wir fordern einen nachvollziehbaren Prozess. Alle Beteiligten sollen frühzeitig informiert werden. Sie sollen wissen, wann und wie sie ihre Meinung sagen können. Menschen mit Behinderung müssen bei wichtigen Entscheidungen mitreden können. Das gilt für alle Entscheidungen, die ihr Leben betreffen. Auch ihre Interessen-Vertretungen müssen von Anfang an beteiligt werden.

Wir rufen die Verantwortlichen in Bund und Ländern auf:

- Schützen Sie die Rechte von Menschen mit Behinderungen.
- Sorgen Sie für echte Beteiligung.